

Schattenwirtschaft in Brandenburg: Mietwagen-Markt außer Kontrolle!

Am 25. Juni 2025 diskutieren Brandenburg und Berlin über wachsende Mietwagenanmeldungen und illegale Praktiken im Sektor.



Brandenburg, Deutschland - Die Situation rund um die Mietwagenbranche in Brandenburg spitzt sich zu. Viele Mietwagenfirmen, die wegen illegaler Praktiken unter Beobachtung stehen, verlagern ihre Geschäfte von Berlin nach Brandenburg. Diese Entwicklung alarmiert nicht nur die Behörden, sondern auch die Kommunen, die mit erhöhten Anmeldungen und einer schwer kontrollierbaren Schattenwirtschaft konfrontiert sind. Laut **maz-online** wurden in Berlin bereits 1700 von 4300 registrierten Mietwagen aufgrund falscher oder abgelaufener Genehmigungen aus dem Verkehr gezogen. Die Fahrzeuge, die meist mit brandenburgischen Kennzeichen unterwegs sind, finden ihren Weg auf Plattformen wie Uber, Bolt oder Freenow.

Der Anstieg der Mietwagenanmeldungen in Brandenburg ist beachtlich. In Teltow-Fläming etwa wurden in den letzten sechs Monaten 540 Anmeldungen verzeichnet, fast doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2024. Auch Potsdam-Mittelmark meldet bis Ende März 276 neue Anmeldungen, was ebenfalls höher ist als im Vorjahr. Diese Entwicklung stößt auf Warnungen von Politikern, die eine Abwanderung der Schattenwirtschaft befürchten. Verkehrsminister Detlef Tabbert betont die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Behörden in Berlin und Brandenburg, um unseriöse Akteure zu kontrollieren. Nicole Walter-Mundt von der CDU fordert schnelles Handeln zur Eindämmung dieser Problematik.

Die Schattenwirtschaft im Fokus

Die Probleme werden durch die Tatsache verstärkt, dass viele illegale Firmen Sozialabgaben umgehen, wodurch der Wettbewerb verzerrt wird. Dies kostet Brandenburg nicht nur Geld, sondern stellt auch die Glaubwürdigkeit der gesamten Branche in Frage. Die Brandenburger Behörden sind überlastet und müssen die Echtheit von Dokumenten prüfen, was bei den hohen Antragszahlen zur Herausforderung wird. In diesem Zusammenhang fordert der brandenburgische Landkreistag, eine gemeinsame Datenbank von Berlin und Brandenburg einzurichten, um gesperrte Unternehmen zu erfassen. Doch datenschutzrechtliche Bedenken stehen dem entgegen.

Wie aus [rbb24](#) hervorgeht, nehmen die illegalen Geschäfte zu, was auch die Forderungen an das Land Brandenburg zum Handeln verstärkt. Die Lage hat sich durch die erhöhten Antragszahlen und den Versuch vieler Unternehmen, sich der Kontrolle zu entziehen, verschärft. Immer wieder wird festgestellt, dass Fahrzeuge dieser Unternehmen häufig auf Berlins Straßen präsent sind, was die Kontrollen zusätzlich erschwert.

Die kommenden Beratungen

Am 25. Juni 2025 treffen sich die Behörden in Berlin und Brandenburg, um über eine engere Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Mietwagenbranche zu beraten. Diese Gespräche sind notwendig, um eine einheitliche Strategie zur Unterstützung der zuständigen Behörden zu entwickeln. Christiane Ullrich vom Hauptzollamt Potsdam hebt zudem hervor, dass es zahlreiche Möglichkeiten für eine Schattenwirtschaft in der Mietwagenbranche gibt. Die Diskussion über wirksame Maßnahmen gegen die illegalen Praktiken gewinnt somit an Dringlichkeit.

Die Brandenburger Behörden stehen vor einer Mammutaufgabe, die sowohl mit einer hohen Arbeitsbelastung ausgestattet ist, als auch die Notwendigkeit mit sich bringt, den Markt für Mietwagen zu regulieren. Der Druck auf die Verkehrsministerien wächst, um nicht nur die Sicherheit der Kunden zu gewährleisten, sondern auch die Fairness im Wettbewerb zwischen seriösen und unseriösen Anbietern wiederherzustellen, wie auch der [Tagesspiegel](#) berichtet.

Details	
Ort	Brandenburg, Deutschland
Quellen	• www.maz-online.de • www.rbb24.de • www.tagesspiegel.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net